
Theodor Eschenburg und die Plünderung jüdischer Vermögen

Rainer Eisfeld

1 Die intensivierte Judenverfolgung

Monate vor dem Novemberpogrom 1938 unternahm die deutsche Regierung den zweiten und den dritten Schritt, die den Weg zur Vernichtung der deutschen wie der österreichischen Juden bereiteten.

In einer beklemmend nüchternen Sprache, die manchem den Umgang mit seiner Darstellung erschwerte, hat Raul Hilberg die Schritte aufgelistet, derer es bedarf, wenn eine gesellschaftliche Gruppe vernichtet werden soll: erstens Definition (Reichsbürger- und „Blutschutz“-Gesetz von 1935); zweitens Kennzeichnung; drittens Entzug der materiellen und kulturellen Existenzbasis. Die vierte Stufe hieß dann Konzentration – Ghettoisierung.¹ Die 1938 verordnete Etikettierung und Ausplünderung ließen eine exponierte, ohnmächtige Gruppe zurück, auf die der beliebige Zugriff mit dem Ziel ihrer Ausschaltung möglich war. 1938/39 sollte das Ziel noch durch eine forcierte Auswanderungspolitik erreicht werden. Dem Angriff auf Polen und dem Überfall auf die Sowjetunion folgte die Inangriffnahme der „Endlösung“.²

Nach dem „Anschluss“ Österreichs im März 1938 entlud sich der virulente Wiener Antisemitismus in einer Welle pogromartiger Drangsalierungen von Juden, die wochenlang andauerten. „Gleichzeitig traten reichsdeutsche Bürokraten

1 Vgl. Raul Hilberg: Die Vernichtung der europäischen Juden. Die Gesamtgeschichte des Holocaust, Berlin: Olle & Wolter 1982, S. 41/42, 53, 64, 127 ff.; Ulrich Herbert: „Vernichtungspolitik“, in ders. (Hrsg.): Nationalsozialistische Vernichtungspolitik 1939-1945, Frankfurt a. M.: Fischer 1998, S. 9-66. – Anders als Hilberg, der die „Kennzeichnung“ im Rahmen eines Drei-Stufen-Schemas der „Konzentration“ zurechnet (S. 127 ff.), behandle ich sie in dieser Skizze als einen – weil zeitlich vorangehenden – gesonderten Schritt.

2 Vgl. Hilberg, S. 41/42, 156.

auf den Plan, deren Ehrgeiz darin bestand, den Wienern zu zeigen, wie man die Judenverfolgung von Staats wegen effizient organisierte.³ Unter Druck von „unten“ wie von „oben“ nahmen soziale Diffamierung und Entrechtung der österreichischen Juden in kürzester Zeit drastisch zu. Die Gründlichkeit und die Schnelligkeit, mit der das Bündnis – um Hannah Arendt zu variieren – aus österreichischem Mob und deutscher Verwaltungs-„Elite“ die Wiener Juden drangsalierte und ausraubte, lieferte eine Blaupause für die rasche Folge von Maßnahmen, mit denen während der nächsten Monate im „Altreich“ jüdische Deutsche entrechtet und in die Armut getrieben wurden. Mit den Worten Hans Safrians, der die Verfolgung und Beraubung der Juden Österreichs als „Modell“ der weiteren antijüdischen Politik des NS-Regimes analysiert hat:

- Die „räuberische Dynamik“, die „Tausend[e] beutegierige[r] ‚Partei- und Volksgenossen‘ in Österreich“ entfalteten,
- wurde durch nationalsozialistische Funktionäre mittels „pseudolegale[r] Prozeduren“ und „neuartige[r] Institutionen“ zu kanalisieren versucht. Diese „Anstöße“
- wurden durch zentrale Instanzen aufgegriffen und „trugen zur Beschleunigung antijüdischer Politik“ im ganzen Reich bei.⁴

Am nächsten kam den Wiener Ausschreitungen die Mischung aus staatlichen Verfolgungsmaßnahmen und Gewalttaten, die sich Mitte Juni im Rahmen der zweiten „Aktion Arbeitsscheu Reich“ in Berlin (ähnlich aber auch in Frankfurt a. M., Breslau und anderen Städten) abspielte. Auf Anweisung Hitlers wurden in die von Himmler und Heydrich befohlene reichsweite Verhaftung sogenannter „Asozialer“ jüdische Männer einbezogen, die – aus welchen Gründen immer – als vorstraf galten. Die meisten festgenommenen Juden, rund 2000 allein in Berlin, lieferte die Kripo in Konzentrationslager (hauptsächlich Buchenwald und Sachsenhausen) ein. Eine zusätzliche Hetzrede von Goebbels vor Berliner Polizeioffizieren („Nicht Gesetz ist die Parole, sondern Schikane“) ging der gleichzeitigen Inszenierung antisemitischer

3 Susanne Heim, „Einleitung“, in: dies. (Bearb.): Die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden durch das nationalsozialistische Deutschland 1933-1945, Bd. 2: Deutsches Reich 1938 – August 1939, München: Oldenbourg 2009, S. 13-63, hier S. 35.

4 Hans Safrian: „Beschleunigung der Beraubung und Vertreibung. Zur Bedeutung des ‚Wiener Modells‘ für die antijüdische Politik des ‚Dritten Reiches‘ im Jahr 1938“, in: Constantin Goshler/Jürgen Lillteicher (Hrsg.): „Arisierung“ und Restitution, Göttingen: Wallstein 2002, S. 61-89, hier S. 61/62, 88.

Übergriffe voraus, bei denen Geschäfte jüdischer Inhaber beschmiert, teilweise geplündert und verwüstet wurden.⁵

Ebenfalls im Juni wurde in München, der „Hauptstadt der Bewegung“, die Synagoge abgerissen. Im August folgte die Nürnberger, im Oktober die Dortmunder Synagoge. Stets wurde behauptet, die Synagogen „störten“ das Stadtbild.⁶

Mitte August wurde die zweite Namensänderungsverordnung erlassen, verfasst von Hans Globke⁷. Deutsche Juden mussten ab Januar 1939 „Sara“ beziehungsweise „Israel“ als zusätzliche Vornamen führen. Die Regelung galt ebenso ab Januar 1939 wie zwei weitere Verordnungen: Kennkartenzwang für jüdische Deutsche, deren Kennkarten ein deutlich sichtbares „J“ erhielten, sowie Stempelung eines „J“ in ihre Reisepässe.

Den vorläufigen Abschluss diskriminierender Maßnahmen bis zum Novemberpogrom bildeten im September das Erlöschen der Approbation für alle jüdischen Ärzte sowie der Entzug der Zulassung für jüdische Rechtsanwälte, denen als „Konsulenten“ nur noch die Vertretung jüdischer Mandanten gestattet blieb.

Die beiden letzten Eingriffe zielten bereits darauf, die wirtschaftliche Existenz der Betroffenen zu vernichten. Sie werden deshalb von Hilberg dem Komplex „Enteignung“ zugerechnet, der vorrangig den systematischen Raub jüdischer Vermögen bezweckte. „Arisierungen“ – so der NS-Jargon – sollten dem akuten Devisenmangel des NS-Staats abhelfen. Sie sollten ebenso, als Konsequenz der sukzessiven „Entjudung“ immer weiterer Wirtschaftszweige, Juden aus ganz Deutschland „herausdrängen“, es ihnen unmöglich machen, weiter in Deutschland zu leben. „Materielle und ideologische Motive... trieben einander an.“⁸ Die Opfer gerieten in ein lähmendes Dilemma, definierten sie sich doch „mehr über ihr ‚Deutschtum‘ als über ihr Judentum“. Zerrissen „von Zweifeln und widerstreitenden Gefühlen, [versuchten] sie sich von einem Tag zum nächsten zu hangeln.“ Als sie aus ihrer Unentschlossenheit erwachten, war es für viele „schon zu spät“.⁹

5 Vgl. Christian Faludi (Hrsg.): Die „Juni-Aktion“ 1938, Frankfurt/New York: Campus 2013, S. 57 ff., 65 ff., 72, 78 ff., 81 ff. sowie die anschließend abgedruckten Dokumente; Saul Friedländer: Das Dritte Reich und die Juden, 1. Bd.: Die Jahre der Verfolgung 1933-1939, München: C. H. Beck 32007, S. 282 ff.

6 <http://9nov38.de/2013/11/10/zerstoerung-von-synagogen-vor-november-1938>, abgerufen am 22. 9. 2014.

7 „Die Autorschaft Globkes an dieser Verordnung bestätigte [Ministerialrat Bernhard] Lösener in seinem Affidavit vom 24. Feb. 1948, NG-1944-A [NG = Nazi Government-Serie der Nürnberger Dokumente]“: Hilberg, Vernichtung, S. 129 Anm. 73.

8 Safrian, „Beschleunigung“, S. 87.

9 John V. H. Dippel: Die große Illusion. Warum deutsche Juden ihre Heimat nicht verlassen wollten, Weinheim/Berlin: Quadriga Beltz 1995, S. 28,

2 Die „Arisierungen“

Als Ergebnis einer Besprechung des geplanten „österreichische[n] Gesetz[es] über die Anmeldung jüdischen Vermögens“ am 11. April 1938 entschloss „sich [Göring], die Aktion gleich im gesamten Reichsgebiet durchzuführen und die Grundlage dafür im Verordnungswege gemeinsam mit dem Reichsminister des Innern und dem Reichswirtschaftsminister zu schaffen.“¹⁰ Auf Anstöße aus dem Wiener „Beutekampf“ ging also auch die am 26. April 1938 erlassene Verordnung über die Anmeldung jüdischen Vermögens zurück. Sie verbot jüdischen Deutschen überdies, Betriebe zu erwerben oder neu zu eröffnen. Mit ihr kam die „Raubmaschinerie“ der Zwangsverkäufe jüdischer Unternehmen endgültig „auf Touren“.¹¹

Hauptthema der Zusammenkunft zwei Wochen bei Göring zuvor war die Verwendung österreichischer Gold- und Devisenbestände zur Anlegung einer Rohstoffreserve für die Rüstungswirtschaft. Am 5. Oktober 1937 hatte Franklin D. Roosevelt seine weltweit beachtete „Quarantänerede“ gehalten, die in einer Warnung an die Aggressorstaaten im Spanischen Bürgerkrieg, in Abessinien und China gipfelte („Wenn eine ansteckende Krankheit sich auszubreiten beginnt, verordnet die Gemeinschaft eine Quarantäne der Patienten, um die eigene Gesundheit vor der Epidemie zu schützen“). Die in solcher Klarheit neue Interventionsbereitschaft der amerikanischen Regierung, die Roosevelt verkündete, war in Berlin jedoch „nicht als Mahnung zur Vorsicht“ aufgefasst worden. Stattdessen spornte sie Hitler an, „seine kontinentaleuropäischen Ziele baldmöglichst zu verwirklichen“.¹² Auf den Tag einen Monat später, am 5. November 1937, hielt er jene Besprechung ab, deren Niederschrift als Hoßbach-Protokoll bekannt wurde. „Zur Lösung der deutschen Frage“, so Hitler, „könne es nur den Weg der Gewalt geben, dieser niemals risikolos sein“.¹³

Als die Aufrüstung an die Grenze der Devisenknappheit stieß, verfuhr das Regime, wie es künftig bei selbst geschaffenen Zwangssituationen immer wieder reagieren sollte: Es beschritt den Weg außen- und innenpolitischer Radikalisierung. Der Einmarsch in Österreich und der Tschechoslowakei bezweckte zugleich den Zugriff auf deren Zentralbankguthaben. Und die Zuspitzung der antijüdischen

10 Zit. bei Safrian, „Beschleunigung“, S. 72/73.

11 Gerald D. Feldman: „Die Allianz-Versicherung und die politische Ökonomie des Holocaust“, in: Dieter Stiefel (Hrsg.): Die politische Ökonomie des Holocaust, Wien/München: Verlag für Geschichte und Politik 2001, S. 95-115, hier S. 104.

12 Herbert Siropis: Zwischen Illusion und Krieg. Deutschland und die USA 1933-1941, Paderborn/München/Wien/Zürich: Ferdinand Schöningh 2000, S. 109, 149.

13 <http://www.ns-archiv.de/krieg/1937/hossbach/>, abgerufen am 24. 9. 2014.

Enteignungspolitik sollte nicht zuletzt dem NS-Staat weitere abgepresste Finanzmittel verschaffen.¹⁴

Die unregulierten Bereicherungsstrategien „alter Kämpfer“ und sonstiger lokaler Profiteure drohten dieses Ziel in Österreich zu durchkreuzen. Von rund 33 000 jüdischen Betrieben in Wien fielen im März/April 1938 etwa 7000 „wilden Arisierungen“ zum Opfer. Die meisten wurden „total ausgeplündert“. Weitere Tausende gerieten in die Hände nationalsozialistischer „Kommissare“, die sie „auf eigene Faust“ weiterführten. „Kommissar“ wurde zum Wort der Stunde.¹⁵ In der Absicht, „wilde“ durch stattdlich regulierte „Arisierungen“, beziehungsweise Betriebsstilllegungen, von Klein- und Mittelbetrieben abzulösen, wurde Mitte Mai beim Wiener Ministerium für Wirtschaft und Arbeit die sogenannte Vermögensverkehrsstelle (VVSt) geschaffen.¹⁶ Es handelte sich um dieselbe Behörde, deren Exportabteilung bei zwei anstehenden „Betriebsentjudungen“ – wie weiter unten geschildert wird – Eschenburg ein knappes halbes Jahr später als Verbandsfunktionär hinzuzog.

Ende 1939 wurde die VVSt auf den Status einer Abwicklungsstelle reduziert, nachdem knapp 20 % der jüdischen Klein- und Mittelbetriebe „arisiert“, die große Mehrzahl jedoch liquidiert worden war. Ein entsprechender Passus der Verordnung vom 26. April 1938 sah für den Fall, dass die „bereits vorhandene Übersetzung“ einer Branche mit „gleichartigen Gewerbetriebe[n]... das Eingehen des Betriebes allgemein erwünscht erscheinen“ lasse, die Stilllegung vor. Um sich unliebsamer Konkurrenz zu entledigen, beriefen mittelständische Unternehmer sich in Eingaben regelmäßig auf diese Bestimmung.¹⁷ Auch im gesamten Reichsgebiet wurde der größere Teil jüdischer Betriebe und Geschäfte abgewickelt. „Weniger als die Hälfte“ wechselte ihre Besitzer.¹⁸

Noch „ganz am Anfang“ steht die Erforschung der Formen wie des Ausmaßes, welche die wirtschaftliche Verdrängung und Existenzvernichtung der Juden in

14 Vgl. Safrian, „Beschleunigung“, S. 73; Heim, „Einleitung“, S. 16 ff., 19/20; Christiane Kuller: *Das Reichsfinanzministerium im Nationalsozialismus*, Bd. 1: Bürokratie und Verbrechen, München: Oldenbourg 2013, S. 352 ff.

15 Vgl. Gerhard Botz: „Arisierungen in Österreich (1938-1940)“, in: Stiefel, *Die politische Ökonomie*, S. 33 (Zitat), 34 ff.; Safrian, „Beschleunigung“, S. 67, 71.

16 Zu den Einzelheiten vgl. Botz, „Arisierungen“, S. 42-46. Zum Vorgehen bei Großunternehmen vgl. ebd., S. 46/47.

17 Wolfram Selig: „Arisierung“ in München. Die Vernichtung jüdischer Existenz 1937-1939, Berlin: Metropol 2004, S. 35.

18 Vgl. Botz, „Arisierungen“, S. 43/44, 48; Frank Bajohr: „Arisierung“ und Restitution. Eine Einschätzung“, in: Goshler/Lillteicher, „Arisierung“, S. 39-59, hier S. 39.

den besetzten Ländern Europas annahmen.¹⁹ Der „Ausschaltung“ der Juden aus dem inner- wie außerdeutschen Handel diente die 1933 begründete Reichsstelle für den Außenhandel. Sie verfügte über eine Kartei, „in der die Namen von jüdischen Unternehmern in ganz Europa aufgelistet waren“. Jüdische oder „deutschfeindliche“ Firmen wurden „durch Belieferungsstopps und Aufkündigung der Wirtschaftsbeziehungen aus dem Handel mit dem Deutschen Reich gedrängt.“ Anne Rohstock hat diesen Vorgang mit einem Begriff von Frank Bajohr als „kalte Arisierung“ bezeichnet.²⁰

Die „Arisierungen“ entwickelten sich nicht nur zu einem „Bereicherungswettlauf“,²¹ Der 1938/39 zunehmend rascher vorangetriebene Beraubungsprozess erweiterte den Kreis der Verfahrensbeteiligten um „immer neue Berufs- und Personengruppen“, die politisch, bürokratisch, kommerziell als „Mittler und Vermittler“ auf den Plan traten. Selbst dort, wo unmittelbare materielle Interessen nicht ins Spiel kamen, wirkte diese Verwicklung in dem Maße moralisch korrumpierend, in dem sie vorhandene Skrupel gegen die Drangsalierung der eigenen Mitbürger abschwächte und überdeckte.

3 Die Bekleidungsindustrie

Eine besonders forcierte Enteignungswelle traf unter der Hassparole „Ausmerzungen der Konfektionsjuden“ die Textil- und Bekleidungsbranche. In ihrem Jahresbericht für 1938 teilte die IHK Berlin die Liquidierung von 3000 jüdischen Einzelhandelsbetrieben mit. Betroffen seien „in der Hauptsache die Gruppen Bekleidung, Textileinzelhandel und ambulanter Handel.“²²

Der rapide Vernichtungsprozess war die Folge eines aggressiven Propagandafeldzugs der Arbeitsgemeinschaft deutsch-arischer Fabrikanten der Bekleidungsindustrie (Adefa). Anfang 1938 gehörten der Organisation, die 1933 aus dem Reichsverband

19 Christiane Fritsche: *Ausgeplündert, zurückerstattet und entschädigt. Arisierung und Wiedergutmachung in Mannheim, Ubstadt-Weiher/Heidelberg*: Verlag Regionalkultur 2013, S. 26.

20 Anne Rohstock: „Eschenburg: Vom Anti-Parlamentarier zum ‚kalten Arisierer‘ jüdischer Unternehmen in Europa“, *VfZ* 63 (2015), S. 33–58, hier S. 52, 54 Anm. 117

21 Hierzu und zum Folgenden Frank Bajohr: „Arisierung“ in Hamburg, Hamburg: Hans Christians 21998, S. 345; Bajohr, „Arisierung“, S. 46/47, 48/49.

22 Zit. bei Beate Schreiber: „Arisierung“ in Berlin 1933–1945. Eine Einführung“, in: Christof Biggeleben/Beate Schreiber/Kilian J. L. Steiner (Hrsg.): „Arisierung“ in Berlin, Berlin: Metropol 2007, S. 13–53, hier S. 41.

der Bekleidungsindustrie hervorgegangen war, „etwa 500 Firmen [an], mithin jeder sechste Industriebetrieb der Herren- und Damenoberbekleidung... [Als] die letzten jüdischen Textilunternehmen arisiert worden waren, löste sich die Adefa im August 1939 auf.“²³

Von Anfang an betrieb die Arbeitsgemeinschaft systematisch die „Ausschaltung jüdischer Unternehmen aus dem gesamten textilen Produktionsprozess“.²⁴ Sie verpflichtete ihre Mitglieder dazu, alle Geschäftsbeziehungen mit jüdischen Lieferanten, Vertretern und Abnehmern abubrechen. In diesem, wie überhaupt in jedem, Wirtschaftszweig sollte der „deutsche Lebensraum“ so reglementiert werden, dass „der Jude sich überhaupt nicht mehr wohlfühlen kann.“²⁵

Das antisemitische Klima, das die Adefa-Agitation schuf, schlug sich auch in der Arbeit der Geschäftsstelle nieder, die Theodor Eschenburg bei der Wirtschaftsgruppe Bekleidungsindustrie leitete. 1934/35 war im Zuge der „organischen“ Reorganisation der deutschen Wirtschaft die Reichsgruppe Industrie errichtet worden. Die Interessenverbände der einzelnen Branchen wurden in Wirtschaftsgruppen umgewandelt und der Reichsgruppe untergeordnet. Auf den nächst tieferen Ebenen bildete man Fachgruppen und Fachuntergruppen.²⁶ Eschenburg fungierte bis 1945 als Geschäftsführer der Fachuntergruppe Knopf- und Bekleidungsverschlussindustrie. Weitere Tätigkeiten, die im nächsten Abschnitt geschildert werden, kamen hinzu.

Am 21. Januar 1938 versandte Eschenburg „auf Veranlassung der Wirtschaftsgruppe Bekleidungsindustrie“ eine Einladung zu einem „Kameradschaftsfest“ an die „arische[n] Mitglieder in Berlin“. Der Schlusssatz unterstrich: „Zu der Veranstaltung haben selbstverständlich nur Arier Zutritt. Heil Hitler! Die Geschäftsstelle, gez. Dr. Eschenburg“²⁷ (*Dokument 1*).

Wahrscheinlich war der Text bei der Wirtschaftsgruppe entworfen worden und wurde von Eschenburg an seine Fachuntergruppe weitergegeben. Die Einladung stempelt Eschenburg nicht zwangsläufig zum Antisemiten. Aber das Dokument

23 Fritsche, *Ausgeplündert*, S. 444, 445.

24 Gerd Höschle: *Die deutsche Textilindustrie zwischen 1933 und 1939*, Stuttgart: Franz Steiner 2004, S. 306. Vgl. auch Avram Barkai: *Vom Boykott zur „Entjudung“*. Der wirtschaftliche Existenzkampf der Juden im Dritten Reich 1933-1943, Frankfurt a. M.: Fischer 1988, S. 139.

25 Adefa-Geschäftsführer Otto Jung 1938, zit. bei Uwe Westphal: *Berliner Konfektion und Mode 1836-1939. Die Zerstörung einer Tradition*, Berlin: Edition Hentrich 1986, S. 107. Vgl. auch ebd., S. 111.

26 Vgl. zu dem Vorgang am Beispiel des Bankgewerbes Harold James: *Verbandspolitik im Nationalsozialismus*, München/Zürich: Piper 2001, S. 85, 88 ff.

27 BArch B, R 13/XV, Bd. 98 (unpaginiert), Durchschlag (Hervorhebung im Original).

belegt, dass er routinemäßig beteiligt war an der sozialen Diskriminierung von Deutschen jüdischer Konfession.

Wie vergleichbare Einrichtungen entwickelte sich auch die Geschäftsstelle der Bekleidungsverschlussindustrie zu einem Mikrokosmos der „rassistischen Volksgemeinschaft“, in die das NS-Regime die deutsche Gesellschaft sukzessiv transformierte.²⁸ In derartigen Institutionen spielte sich ein Prozess der „Veralltäglichen nationalsozialistischer Normen“ ab, der jüngst folgendermaßen resümiert worden ist:²⁹

„Es musste also kein Widerspruch sein, sich reserviert gegenüber der antisemitischen Propaganda zu zeigen, zugleich aber sein persönliches Fortkommen auf dem Rücken der Juden oder durch die Enteignung jüdischen Besitzes zu betreiben – und damit die Stabilität des Regimes, trotz womöglich persönlicher Distanz zu Teilbereichen des ‚Dritten Reiches‘, bis weit in die zweite Kriegshälfte zu gewährleisten.“

Dieser Mikrokosmos – und nicht private Beziehungen zu jüdischen Mitbürgern³⁰ – bestimmte das Umfeld, innerhalb dessen Eschenburg in der Folge durch Vorschläge und Stellungnahmen an der wirtschaftlichen Ausplünderung österreichischer und deutscher Juden mitwirkte.

4 Der Geschäftsführer

In Politikwissenschaft und Zeitgeschichte etablierte Theodor Eschenburg sich erst nach 1945 als „Seiteneinsteiger“. Seine Nachkriegslaufbahn begann mit der „Lehrermächtigung“, die Carlo Schmid als Staatspräsident von Südwürttemberg-Hohenzollern ihm im Winter 1946/47 für eine Vorlesung an der Universität Tübingen über die Geschichte der Weimarer Republik erteilte.³¹ In Tübingen hatte Eschenburg während der 1920er Jahre die ersten vier Semester seines Studiums absolviert. 1924 war er der schlagenden Verbindung „Germania“ beigetreten, die (wie Tübingens übrige Korporationen) seit 1919 keine „Juden und Abkömmlinge von Juden“ mehr

28 Michael Wildt: *Generation des Unbedingten. Das Führerkorps des Reichssicherheitshauptamts*, Hamburg: Hamburger Edition 2002, S. 858.

29 Dietmar Süß: „Leistung, Aufstieg und Vernichtung“, in: „Volksgemeinschaft und die Gesellschaftsgeschichte des NS-Regimes“, VfZ 62 (2014), S. 463–467, hier S. 465/466.

30 Vgl. Hans-Joachim Lang: „Ein Freund geblieben“, ZEIT Nr. 37, 5. 9. 2013, S. 18.

31 Vgl. Arno Mohr: *Politikwissenschaft als Alternative*, Bochum: Brockmeyer 1988, S. 153/154.

aufnahm.³² Im Wintersemester 1924/25 hatte der Hochschulring deutscher Art (HdA), der – nicht nur an dieser Universität – einen „aggressiven Nationalismus mit völkischer Prägung“ vertrat, ihn als Vorsitzenden gewählt.³³ Zum „Kreise der Rechtsradikalen“ gehörig, dem die Stresemann-Vertraute Antonina Vallentin³⁴ ihn zuordnete, ehe Stresemann ihn „von Hitler weg zu sich selbst bekehrte“,³⁵ wechselte Eschenburg 1926 an die Universität Berlin. Er suchte³⁶ nach „eine[r] Persönlichkeit, in der wir endlich wieder einen Führer sahen“, weil sie ein „positive[s] Programm“ bot. Und er war auf der Suche nach einem Promotionsthema. Beiden Zielen kam die politische und persönliche Annäherung an Gustav Stresemann entgegen.

1929 promovierte er in Berlin bei Fritz Hartung über den konservativ-liberalen „Bülow-Block“ der Jahre 1907/09. Die Buchfassung seiner Dissertation erschien, eingeleitet durch Stresemann,³⁷ unter dem Titel *Das Kaiserreich am Scheideweg. Bassermann, Bülow und der Block*. „Alpha und Omega aller inneren Staatspolitik“ nannte Eschenburg dort, dass die Regierung „von sich aus bestimmen konnte“, welches „Maß und Ziel“ politische Reformen besitzen sollten, „ohne „dass sie sich die Führung... aus der Hand nehmen“ ließ.³⁸ Dieses Programm versah Eschenburg mit dem Etikett „staatskonservativ“. Ihm gehörte seine erkennbare Sympathie. Als „Offenbarung“ hatte Eschenburg während der Arbeit an seiner Dissertation, wie er rückblickend schrieb,³⁹ Alfred Webers Konzept der „unegalitären Führerdemokratie“ empfunden, mit dem Weber den Staat als „etwas Selbständiges gegenüber den gesellschaftlichen Kraftzentren“ erhalten wollte.⁴⁰ Die Führung sollte nach Weber zwar abwählbar, die Kompetenz zu „selbständiger Entscheidung und Willensbildung der ausgelesenen Führerspitze“ jedoch nicht parlamentarisch kontrollierbar

32 Vgl. Sonja Levens: *Elite, Männlichkeit und Krieg. Tübinger und Cambridger Studenten 1900-1929*, Göttingen : Vandenhoeck & Ruprecht 2006, S. 343/344.

33 Zur „völkischen“ Ausrichtung des Tübinger HdA vgl. ebd., S. 314-317 (Zitat S. 316).

34 Zu Vallentin vgl. unten, S. 266/267.

35 Antonina Vallentin: *Stresemann. Vom Werden einer Staatsidee*, Leipzig:1930, S. 233, 234.

36 Wie Vallentin ihn zitierte (Stresemann, S. 234, 235).

37 Dank Stresemanns Unterstützung hatte Eschenburg den Nachlass des seinerzeitigen nationalliberalen Parteivorsitzenden Ernst Bassermann als Quelle nutzen können.

38 Theodor Eschenburg: *Das Kaiserreich am Scheideweg. Bassermann, Bülow und der Block*, Berlin: Verlag für Kulturpolitik 1929, S. 281.

39 Theodor Eschenburg: *Also hören Sie mal zu. Geschichte und Geschichten 1904-1933*, Berlin: Siedler 1995, S. 182.

40 Alfred Weber: *Die Krise des modernen Staatsgedankens in Europa*, Stuttgart: Deutsche Verlags-Anstalt 1925, S. 126, 138.

sein.⁴¹ Dass Stresemann Alfred Webers „führerdemokratische“ Position teilte,⁴² dürfte Eschenburg in seiner Fixierung auf den starken Staat bestärkt haben. Noch 1995 fügte er hinzu, auch „heute sehe [er] in der Konstruktion Alfred Webers die optimale Lösung des demokratischen Problems“.⁴³

Eschenburg trat der DVP bei. Nach Stresemanns Tod wechselte er zur Deutschen Staatspartei, dem kurzlebigen Zusammenschluss der DDP mit dem Jungdeutschen Orden, für die er sich 1930 vergeblich um ein Reichstagsmandat bewarb. Das Bündnis DDP/Jungdo scheiterte nicht zuletzt an dem „Ressentiment gegen den Parteiismus“, das der „Orden“ unter seinem „Hochmeister“ Artur Mahraun „lange gezüchtet“ hatte.⁴⁴ Bereits die DDP, häufig als Weimarer „Verfassungspartei par excellence“ apostrophiert, hatte jedoch – wie eine sorgfältige Studie bereits vor dreieinhalb Jahrzehnten gezeigt hat – einem „demokratischen Nationalismus“ gehuldigt, der die Rolle des Führertums betonte, die „innere Geschlossenheit“ einer „Volksgemeinschaft“ als „Voraussetzung einer starken Außenpolitik“ verstand und „Wunschträume[n]“ von der „Wiederherstellung deutscher Größe und Weltgeltung“ nachhing.⁴⁵ Nach der Umbildung zur Staatspartei (auch nach dem Bruch mit dem Jungdo behielt die ehemalige Deutsche *Demokratische* Partei den Namen bei) erhob deren von Eschenburg hoch geschätzter Vorsitzender Hermann Dietrich⁴⁶ das Ende liberaler Prinzipien zum Programm: „Das Zeitalter des Liberalismus [liegt] hinter uns... Der einzelne Bürger muss zur Staatsidee erzogen werden.“⁴⁷

Nicht anders als in dem parteipolitischen Umfeld, das Eschenburg für sich wählte, trat der Wandel der politischen Kultur gegen Ende der Weimarer Republik in dem Diskussionszirkel zu Tage, den er 1928 unter dem Namen „Quiriten“ maßgeblich mitgegründet hatte. Beifällig zitierte Eschenburg später aus den Erinnerungen des exilierten deutsch-amerikanischen Historikers Felix Gilbert dessen Urteil über die

41 Weber, *Krise*, S. 138.

42 Eschenburg, Also hören Sie mal zu, S. 204.

43 Wie Anm. 37.

44 Beeck, Karl-Hermann: Die Gründung der Deutschen Staatspartei im Jahre 1930 im Zusammenhang der Neuordnungsversuche des Liberalismus, Diss. Köln 1955, S. 188.

45 Jürgen C. Heß: „Das ganze Deutschland soll es sein.“ Demokratischer Nationalismus in der Weimarer Republik am Beispiel der DDP, Stuttgart: Klett-Cotta 1978, S. 326 ff., 332 ff., 338, 357 ff.

46 Zu Eschenburg und Dietrich vgl. Konstanze Wegner/Lothar Albertin (Bearb.): *Linksliberalismus in der Weimarer Republik. Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien*, 3. Reihe, Bd. 5, Düsseldorf: Droste 1980, S. 632.

47 Zit. bei Werner Stephan: *Aufstieg und Verfall des Linksliberalismus 1918 bis 1933. Die Geschichte der Deutschen Demokratischen Partei*, Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 1973, S. 483.

Mitgemacht

Theodor Eschenburgs Beteiligung an "Arisierungen" im
Nationalsozialismus

Eisfeld, R. (Hrsg.)

2016, XII, 437 S., Softcover

ISBN: 978-3-658-07215-5